

# Von Blüher zu Butler

## *Über die zerstörerische Wirkung queerer Identitätspolitik\**

ALEXANDER ZINN

»I am what I am/ and what I am/ needs no excuses«: Gloria Gaynors Disco-Adaption aus dem Musical »Ein Käfig voller Narren« wurde 1984 zu einem Welterfolg – und zur internationalen Hymne der Schwulenbewegung. Die Botschaft war gerade in ihrer Schlichtheit anschlussfähig: Jeder nach seiner Façon, keiner soll sich entschuldigen für sein »So-Sein«, niemand soll mit den Wölfen heulen müssen.

40 Jahre später propagieren die meisten Lesben- und Schwulenverbände das glatte Gegenteil. Entschuldigen sollen sich nun allerdings die »Anderen«: die Heterosexuellen, denen man »Heteronormativität« oder »Heterosexismus« vorhält, zunehmend aber auch Angehörige der »eigenen« LGBTI-Communities, die man in einem lehrbuchhaften Akt des »Otherings« als »cis-gender«, »weiß«, »alt« oder »homonationalistisch« diskreditiert. Jedenfalls dann, wenn sie nicht jede Verbandsforderung willfährig unterstützen, wenn sie Kritik üben, aus der Reihe tanzen, einen eigenen Kopf beweisen. Die Reihe derjenigen, die sich dieses »Vergehens« schuldig gemacht haben, wird immer länger. Zu ihnen gehören Birgit Kelle, Joanne K. Rowling und Jan Feddersen, neuerdings nun auch Sandra Kegel, Gesine Schwan und Wolfgang Thierse. Organisationen, die Vielfalt predigen, produzieren nur noch Einfalt. Statt den Diskurs zu suchen, auf Kritik mit Argumenten zu antworten, besteht man auf Unterwerfungsgesten und fordert Entschuldigungen für angeblich verletzte Gefühle. Wer sich nicht beugt, muss mit Ausladung, Ausgrenzung und öffentlicher Denunziation als homo- und, inzwischen fast schlimmer, transphob rechnen.

So wie in einem dieser »Skandale«, der im Februar 2021 durch einen Kommentar von Sandra Kegel, Feuilletonchefin der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ), ausgelöst wurde.<sup>1</sup> Darin hatte sie vorsichtige

\* Der Essay basiert auf einem Livestream-Vortrag, der am 17. Mai 2021 als *taz Talk meets Queer Lectures* gehalten wurde; abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ovqyvNtO1jU> [letzter Zugriff am 23.2.2022].

1 Sandra Kegel: Manifest der 185. Selbstbewusstsein und Kalkül. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.2.2021, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wir-sind-schon-da-manifest-der-185-17183459.html> [letzter Zugriff am 23.2.2022].

Zweifel angemeldet, ob homosexuelle Schauspieler tatsächlich so stark diskriminiert werden, wie es in dem damals veröffentlichten Manifest »Act-Out« behauptet wird. Zweifel, die nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, galten Bühne und Film bislang doch als Sphären, in denen Schwule und Lesben nicht unbedingt benachteiligt werden. Bekannt sind eher gegenteilige Klagen: So beschwerte sich ein heterosexueller Schauspieler schon 1963, dass es am Zwickauer »Theater einen allgemein verbreiteten Standpunkt gibt, dass Homosexualität gleich Talent wäre.«<sup>2</sup> Nun mag Sandra Kegel mit ihren Zweifeln ja völlig falsch liegen. Doch statt mit Argumenten zu kontern, bezichtigte man sie lieber der Homophobie und AfD-Nähe und forderte von Gesine Schwan, Kegel von einer Diskussionsveranstaltung der SPD auszuladen. Hervor tat sich in diesem Fall auch der Lesben- und Schwulenverband, von dem man Aktivitäten in Sachen »Cancel-Culture« bisher noch nicht gewohnt war. In einem Newsletter empörte sich der LSVd, dass sich die SPD trotz »tagelangem, hartnäckigem Engagement« »nicht zu schade« gewesen sei, »die Einladung an Kegel aufrechtzuerhalten«. Damit habe die SPD »versagt« bei der »Parteinahme für queere Menschen«.<sup>3</sup> Tatsächlich hatte Gesine Schwan die FAZ-Feuilletonchefin nicht aus-, sondern stattdessen die Kritiker eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Doch diese gebärdeten sich dort dann wie Inquisitoren, die allenfalls ein *mea culpa* der Angeklagten zu akzeptieren bereit waren.

Dass man mit solchen Aktionsformen weder die Bevölkerung für sich gewinnt noch das durchaus vielfältige Spektrum von Lesben, Schwulen und Transmenschen repräsentiert, haben die Reaktionen in Presse und Politik zur Genüge gezeigt. Doch es wäre zu einfach, die Sache als die Verirrung einiger Fanatiker abzutun. Dass nicht nur LGBTI-Organisationen und -medien, sondern auch der SPD-Vorstand den Anklägern beisprangen, zeigt vielmehr, wie salonfähig die Cancel-Politik inzwischen geworden ist. Der SPD-Politiker und frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat zu Recht darauf hingewiesen, wie gefährlich diese Entwicklung ist. Die Verweigerung der rationalen Auseinandersetzung, der Rückzug in eine emotional grundierte Opferkultur und die Diskreditierung jeder Kritik als »verletzend« und deswegen homophob, frauenfeindlich, rassistisch oder rechtsextrem, ist im Kern tatsächlich

2 Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, MfS BV Karl-Marx-Stadt XIV 148/63, Teil A, Bd. 2, Bl. 8-10, Bericht vom 8.1.1963, Zitat Bl. 8.

3 SPD versagt bei Parteinahme für queere Menschen. Fassungslose Farce bei SPD-Grundwertekommission und Kulturforum der Sozialdemokratie: Sandra Kegel zu Gast bei jour fixe. In: LSVd-Newsletter vom 19.2.2021, <https://www.lsvd.de/de/ct/4534-SPD-versagt-bei-Parteinahme-fuer-queere-Menschen> [letzter Zugriff am 23.2.2022].

»demokratiefeindlich«.<sup>4</sup> Wie konnte es dazu kommen, dass viele Lesben- und Schwulenverbände in ein solches Fahrwasser gerieten?

Betrachtet man die schwul-lesbische Gleichstellungspolitik der vergangenen 30 Jahre, erscheinen die jüngsten Entwicklungen eher überraschend. Mit der Gründung des Schwulenverbandes (SVD) im Jahr 1990 schlug man einen pragmatischen, bürgerrechtlich orientierten Kurs ein, der große Erfolge zeitigte. Erfolge, die vor allem darauf zurückzuführen waren, dass man, mit den Worten Thierses, »das Eigene in Bezug auf das Gemeinsame« dachte. So zum Beispiel mit der »Aktion Standesamt«: Schwule und lesbische Paare liebten einander ebenso wie heterosexuelle, weshalb ihnen auch die Ehe nicht verboten werden dürfe, lautete die simple Botschaft. Eine Botschaft, mit der der (L)SVD die Herzen vieler Menschen erobert und zunächst die »Eingetragene Lebenspartnerschaft«, später dann auch die Öffnung der Ehe durchsetzen konnte.

Werden die Verbände nun Opfer ihres eigenen Erfolgs? Das zumindest meint der britische Journalist Douglas Murray, der die neue Radikalität der Gay-, Black- und Women-Rights-Bewegungen darauf zurückführt, dass die rechtliche Gleichstellung in den westlichen Demokratien weitgehend erreicht sei. Wie der »Heilige Georg im Ruhestand« suchten Interessenverbände nun verzweifelt nach neuen Aufgabenfeldern, und man sehe sie immer häufiger mit ihrem »Schwert in der Luft herumfuchteln und unsichtbare Drachen herausfordern«.<sup>5</sup> Tatsächlich suchen sich Organisationen wie der um lesbische Frauen zum LSVD erweiterte Schwulenverband in den letzten Jahren immer neue Themen- und Aufgabengebiete. Mit großem Engagement kämpft man nun zum Beispiel für Trans- und Intersexuelle. Freilich verschärft man damit auch die inneren Konflikte. Schon Schwule und Lesben waren nur schwer vor einen Karren zu spannen. Und auch die Forderung nach Auflösung der binären Geschlechterordnung erschließt sich einer Basis, deren sexuelle Präferenz an das eigene Geschlecht gebunden ist, nicht unmittelbar.

Tatsächlich regt sich Unmut: so insbesondere unter Feministinnen, die nicht akzeptieren wollen, dass heterosexuelle Männer künftig durch bloßes Vorsprechen beim Standesamt (und ohne medizinisch-pharmakologische Maßnahmen) zu lesbischen Frauen werden sollen. Oder dass Kinder im Alter von acht, zwölf oder vierzehn Jahren reif genug sind, um

4 Wolfgang Thierse: Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft? Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.2.2021, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wolfgang-thierse-wie-viel-identitaet-vertraegt-die-gesellschaft-17209407.html> [letzter Zugriff am 23.2.2022].

5 Douglas Murray: Wahnsinn der Massen. Wie Meinungsmache und Hysterie unsere Gesellschaft vergiften. München 2020, S. 19.

beurteilen zu können, ob sie transgeschlechtlich sind – mit allen Konsequenzen einschließlich der Behandlung mit Pubertätsblockern, Hormonen etc. Tatsächlich gibt es Anlass für Fragen und Zweifel, wie Erfahrungen aus Großbritannien zeigen. Dort melden sich immer mehr Menschen zu Wort, die sich als vermeintlich transsexuelle Kinder und Jugendliche dazu verführen ließen, sich einer medizinischen Behandlung zu unterziehen. Einige von ihnen stellten später fest, dass sie eigentlich lesbisch oder schwul sind – und bereuen es bitterlich, ihren Körper mit Pubertätsblockern und Hormonen geschädigt zu haben. Doch die führenden Verbände und Medien der LGBTI-Community wollen von solchen Problemen nichts hören. Wer sie anspricht, wird als »transphob« abgekanzelt: so etwa Jan Feddersen, als er die lesbische Aktivistin Gunda Schumann im März 2020 zu einer *taz Queer Lecture* einlud, um über dieses Thema zu sprechen. Der Proteststurm war so heftig, dass Schumann ihre Zusage zurückzog und die Veranstaltung abgesagt werden musste.<sup>6</sup> Für hysterische Reaktionen sorgte auch die Ankündigung von ähnlichen Vorträgen beim *LesbenFrühlingsTreffen* 2021.

Wie konnte es so weit kommen? Die seit einigen Jahren zu beobachtende Orientierungslosigkeit der Interessenverbände hat sie zu einem leichten Opfer radikaler Ideologen werden lassen. Pragmatische Politikansätze wurden zurückgedrängt, stattdessen übernahmen Akteure das Ruder, die in den akademischen Blasen der Universitäten in Fragen von Queer Theory, Postkolonialismus und intersektionaler Diskriminierung geschult worden sind. Mangels anderer Berufsaussichten drängen solche Absolventen bevorzugt in Nichtregierungsorganisationen und Medien, wo sie in den letzten Jahren an vielen Stellen tonangebend werden konnten. Im »ideologischen« Gepäck haben sie all jene Vorstellungen, die Caroline Fourest in ihrem Buch »Generation Beleidigt« als »linksidentitär« bezeichnet: die Reduzierung der komplexen modernen Gesellschaften auf ein tribalistisches Konzept identitär bestimmter Gruppen, die für sich eine »angemessene« Repräsentation fordern, was nur in einer neuen Form des Ständestaates enden kann.<sup>7</sup>

- 6 Vgl. etwa Inga Barthels: »Absolut fassungslos«. *Taz*-Veranstaltung als transfeindlich kritisiert. *Tagesspiegel* vom 26.2.2020, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queer-spiegel/absolut-fassungslos-taz-veranstaltung-als-transfeindlich-kritisiert/25579916.html>; Wilhelm Vogelpohl: Chronik der Ereignisse. Eine geplante Veranstaltung und die Folgen, <https://blogs.taz.de/hausblog/eine-geplante-veranstaltung-und-die-folgen> [letzter Zugriff jeweils am 23.2.2022].
- 7 Vgl. Caroline Fourest: *Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer*. Berlin 2020.

Wie regressiv die linksidentitären Konzepte sind und wie wenig sie noch mit der Vision einer Gesellschaft freier Individuen zu tun haben, haben in der LGBTI-Bewegung bislang nur die Wenigsten verstanden. Dabei lässt sich kaum übersehen, dass mit der neuen »Identitätspolitik« hoher Konformitätsdruck einhergeht. Wer nicht mit den Wölfen heult, wird zum Paria. Mit der populär gewordenen Losung »I am what I am« hat das nichts mehr zu tun. Stattdessen werden Individuen auf ihre identitären Eigenschaften reduziert, aus denen sich ihr Platz in einer Welt ergeben soll, die aufgeteilt ist in Schwarz und Weiß, Freund und Feind. Wie in archaischen Stammesgesellschaften wird die eigene Gruppe vor »schädlichen Einflüssen« und »Ehrverletzungen« geschützt. Doch die »Safe Spaces«, die man nun allenthalben fordert, sind geistige Gefängnisse, an deren Toren Diskurswächter die neuen Benimmregeln kontrollieren. Worin sich all das von den miefigen fünfziger Jahren unterscheidet, aus denen man einst zur sexuellen Revolution aufbrach, ist kaum auszumachen.

Befremdlich ist das Selbstbild, das mit all dem einhergeht. Wer sich lediglich als potenzielles Diskriminierungsopfer wahrnehmen kann, ist kaum in der Lage, anderen auf Augenhöhe zu begegnen. Im Gegenüber sieht man dann nur noch einen Aggressor, dem man selbst Fragen nach Herkunft oder Lebensumständen als Affront auslegt. Natürlich kann die Konfrontation mit Vorurteilen belastend sein. Doch Vorurteile basieren oft auf Erfahrungswerten, und ohne sie könnte kein Mensch leben. Manchmal handelt es sich um dümmliche Pauschalisierungen, aber nur selten entspringen sie böser Absicht. Die Kunst besteht darin, »mit Vorurteilen zu leben«, wie der jüdische und schwule Soziologe Alphons Silbermann stets betonte.<sup>8</sup> Eine Kunst, die vor allem Gelassenheit und Humor erfordert – Tugenden, die uns offenbar abhandengekommen sind.

Die größte Gefahr, die von der heutigen, linksidentitären Ideologie ausgeht, ist, dass sie die Werte der Aufklärung, besonders die universelle Gültigkeit der Menschen- und Bürgerrechte, infrage stellt. Stattdessen frönt man einem exzessiven Kulturrelativismus, der sich von rechtsidentitären Konzepten nur in Nuancen unterscheidet. Einige Akteure relativieren sogar die Genitalverstümmelung junger Frauen als Ausdruck kultureller Authentizität und diskreditieren deren Kritiker als »eurozentristisch« oder »rassistisch«. Konsequenz zu Ende gedacht, könnte man dann auch rechtfertigen, dass die Terroristen des Islamischen Staates Homosexuelle von Hochhausdächern warfen. Das kulturrelativistische und

8 Alphons Silbermann: Alle Kreter lügen. Die Kunst, mit Vorurteilen zu leben. Bergisch Gladbach 1995.

»intersektionale« Antidiskriminierungsbündnis führt dazu, dass solche Widersprüche aus falscher Rücksichtnahme auf vermeintliche Bündnispartner unter den Teppich gekehrt werden. So etwa vom LSVD-Bundesverband, der nicht müde wird, die Homophobie der katholischen Kirche anzuprangern, von dem aber wochenlang nichts zu hören war, als ein islamistischer Attentäter in Dresden ein schwules Paar angriff und einen der Männer ermordete.

Was aber sind die tieferen Ursachen dafür, dass Organisationen, die in den 1990er Jahren mit einer neuen Realpolitik die wohl erfolgreichste Phase der Homosexuellenemanzipation einleiteten, inzwischen unter einem derartigen Realitätsverlust leiden? Douglas Murrays Analyse, die immer abstruseren Forderungen der Interessenverbände seien darauf zurückzuführen, dass Gleichberechtigung und Gleichstellung bereits weitgehend erreicht seien, ist sicher nicht falsch, greift aber zu kurz. Schließlich könnten sich die Verbände in einer so komfortablen Situation auch beruhigt zurücklehnen und mit einer gelassenen Wächterposition begnügen, etwa nach dem Vorbild der Verbraucherzentralen. Woher also kommt der Eifer, der Fanatismus, der die neue Identitätspolitik bestimmt? Um diese Frage zu beantworten, hilft ein Blick in die Geschichte der homosexuellen Emanzipationspolitik. Denn der Konflikt zwischen »Realos« und »Fundis«, der in den Debatten über die neue Identitätspolitik ausgetragen wird, ist nicht neu. Im Gegenteil: Die LGBTI-Bewegung hat Ähnliches schon früher erlebt, ja sie scheint eine gewisse Affinität zu derartigen Konflikten zu haben. Eine der Ursache liegt in der Neigung zu einer Theoriebildung, die darauf zielt, Homosexualität historisch oder soziologisch zu legitimieren, der dabei mitunter aber jeglicher Realitätsbezug abhandenkommt.

Als wenig realitätstauglich erweist sich aktuell vor allem die Gender-Theorie, deren wesentlicher Gründungsimpuls von der US-amerikanischen Philosophin Judith Butler ausging. Mit ihr und ihren Texten wurde diese Theorie aus der akademischen Welt in die LGBTI-Politik importiert. Butlers These, dass nicht nur das soziale, sondern auch das biologische Geschlecht »konstruiert« sei, hat die sozialwissenschaftliche Forschung gerade wegen ihrer Radikalität in vielerlei Hinsicht befruchtet. Doch solche Theorien werden unter Forschern kontrovers diskutiert und lassen sich kaum als wissenschaftliche und schon gar nicht als alltags-taugliche »Wahrheiten« verkaufen. Das Problem ist, dass bei Butler wie bei vielen ihrer Vorgänger die Grenzen zwischen sozialwissenschaftlicher Theorie und politischer Ideologie verschwimmen. Wer sich in seiner Theoriebildung von dem Ziel einer vermeintlich idealen, nämlich diskriminierungsfreien Welt leiten lässt, ja wer sozialphilosophische Thesen

gar als politische Handlungsanweisungen betrachtet, landet schnell im Bereich autoritärer Zwangsmaßnahmen. Doch derartige Versuche, einen »neuen Menschen« zu erschaffen, sind noch immer gescheitert: Meist endeten sie in diktatorischen Regimen. Wer die Menschen zu ihrem »Glück« zwingen, wer die heterosexuelle Mehrheit darüber belehren möchte, wie sie eigentlich zu leben hätte, provoziert massiven Widerstand – und mitunter auch neue Verfolgungswellen. Ein lehrreiches historisches Beispiel sind die Theorien Hans Blüher's, eines Homosexuellenaktivisten der ersten Stunde, der 1912 mit einem Buch über die »Wandervogelbewegung als erotisches Phänomen« ins Licht der Öffentlichkeit trat.

Blüher konstruierte in seinen Büchern unter Bezug auf die antike Päderastie eine homosexuelle Traumwelt: Er attestierte Männerbünden wie dem deutschen Wandervogel, sie würden durch unbewusste Homoerotik zusammengehalten, und entwarf das Bild eines homosexuellen »Führers«, des sogenannten »Männerhelden«, dem die männliche Jugend aufgrund seiner erotischen Ausstrahlung quasi zu Füßen liege: Der »Männerheld« war für ihn der ideale Staatsmann und Erzieher von Knaben und jungen Männern. Aufgrund ihrer »Heldenliebe« zu ihm könne er mit seinen »päderastischen Wünschen offen hervortreten, sie durchsetzen, aber nicht das mindeste dadurch an Autorität verlieren«.9 Letztlich, so meinte Blüher, basiere das gesamte Staatswesen auf Homoerotik und Homosexualität: Während in der »heterosexuellen Liebesrichtung die Tendenz zur Absonderung« liege, so Blüher, wirke »die invertierte [homosexuelle; A. Z.] Richtung stets sozialisierend«. Unbewusste Homoerotik wie auch ausgelebte Homosexualität erklärte er nicht nur zum Bindeglied von Männerbünden wie dem Wandervogel, er betrachtete sie als »die Grundlage der Staatenbildung«.10

Blüher's Theorie war eine Reaktion auf die Eulenburg-Affäre von 1906, bei der Homosexuellen im Umfeld des Kaisers vorgeworfen wurde, Cliques und Netzwerke zu bilden, die die deutsche Außenpolitik schwächten und das Kaiserreich schädigten. Blüher hingegen versuchte das tradierte Klischee vom negativen, »zersetzenden« Einfluss homosexueller Kreise ins Gegenteil zu verkehren und der Homosexualität einen staatspolitischen Sinn zuzuweisen. Insoweit war Blüher's Konzept weni-

9 Hans Blüher: Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft. Jena 1917, S. 243; vgl. auch ders.: Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft. Eine Theorie der menschlichen Staatsbildung nach Wesen und Wert, II. Band: Familie und Männerbund. Jena 1919, S. 217-224.

10 Hans Blüher: Die deutsche Wandervogelbewegung als erotisches Phänomen. Berlin 1914, zitiert nach dem Faksimile-Nachdruck in: ders.: Wandervogel 1 bis 3. Geschichte einer Jugendbewegung. Frankfurt a. M. 1976, S. 85f.

ger eine sozialwissenschaftliche Theorie als ein politisches Programm. Und in seiner Radikalität erregte es große Aufmerksamkeit. Blüher's Thesen wurden in den 1920er Jahren breit diskutiert und waren unter Intellektuellen ähnlich populär wie es Judith Butlers Gender-Theorie heute ist. Populär waren sie nicht zuletzt unter den Homosexuellen selbst, und das über alle politischen Lager hinweg.

So zeigte sich der Linksintellektuelle Kurt Hiller, führender Mitarbeiter und seit 1929 auch zweiter Vorsitzender der realpolitisch orientierten Homosexuellenorganisation »Wissenschaftlich-humanitäres Komitee« (WhK), begeistert von Blüher's frühen Büchern und zählte sie zu den Standardwerken über Homosexualität.<sup>11</sup> Thomas Mann notierte nach einer Rede Blüher's, der er im Februar 1919 als Ehrengast gelauscht hatte: »Ein ausgezeichnete Vortrag, mir fast Wort für Wort aus der Seele geredet.«<sup>12</sup> In seiner 1922 gehaltenen Rede »Von deutscher Republik« versuchte Mann, das Phänomen der »mann-männlichen Erotik« für »die Republik nutzbar zu machen.«<sup>13</sup> Und 1925 schrieb er, Blüher's Buch sei »von starkem Wahrheitseinschlag« und habe »die Herkunft des Staates selbst aus dieser Sphäre zu erweisen gesucht und plausibel zu machen verstanden.«<sup>14</sup> Doch auch ein homosexueller SA-Mann berief sich auf Blüher, als er dem WhK 1932 vorwarf, den »Degout der Masse durch peinliche Sexualvorstellungen wachgerufen« zu haben. Hätte man dagegen, »von Hans Blüher geführt«, den »Kampf der Aufklärung erst gegen die Verfemung gerichtet«, so wäre die Abschaffung des Homosexuellenparagrafen 175 »nebenbei erledigt worden.«<sup>15</sup> Besonderer Beliebtheit erfreuten sich Blüher's Thesen auch unter pädophilen Homosexuellen: Neben Gustav Wyneken galt ihnen Blüher als ein geistiger Vater des »pädagogischen Eros«, eines Konzeptes, das dazu genutzt wurde, sexuelle Kontakte zu Kindern und Jugendlichen zu legitimieren.<sup>16</sup>

Doch Blüher's Thesen provozierten auch massiven Widerstand. Und von ihnen führte schließlich eine direkte Linie ins »Dritte Reich«. Denn

11 Kurt Hiller: *Leben gegen die Zeit*, Teil 1 [Logos]. Reinbek bei Hamburg 1969, S. 115; ders.: *Der Sinn eines Lebens*. In: *memoriam Magnus Hirschfeld*. In: *Gesundheit und Wohlfahrt* 15 (1935), Nr. 7, S. 333-336.

12 Thomas Mann: *Tagebücher 1918-1921*. Frankfurt a.M. 1979, S. 148 [Eintrag vom 19.2.1919].

13 Zitiert nach Claudia Bruns: *Politik des Eros. Der Männerbund in Wissenschaft, Politik und Jugendkultur (1880-1934)*. Köln 2008, S. 449.

14 Thomas Mann: *Die Ehe im Übergang*. In: Hermann Graf Keyserling: *Das Ehe-Buch*. Darmstadt 1926, S. 217-231, hier S. 221.

15 *Mitteilungen des Wissenschaftlich-humanitären Komitees (WhK)*, Jg. 1926-1933, Faksimile-Nachdruck. Hamburg 1985, S. 341.

16 Zu Gustav Wyneken vgl. insbes. seine Schrift *Eros. Lauenburg/Elbe 1921*.



auch Heinrich Himmler las Blühers Bücher über die »Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft«. Und auch er zeigte sich zutiefst beeindruckt von Blühers Thesen. So notierte er am 4. März 1922 in seinem Tagebuch: »In dem Buch gelesen, es packt und rüttelt einen im Tiefsten, man möchte zur Frage kommen, was hat das Leben für einen Zweck, es hat aber einen. – Tee. Studiert. Abendessen. Wieder gelesen. [...] Übungen. ½ 11 Uhr Bett, unruhig geschlafen.« In seiner Leseliste notierte er: »Der Mann ist sicher kolossal tief in die menschliche Erotik eingedrungen und hat sie psychisch und philosophisch erfasst.« Letztlich jedoch zog Himmler ganz andere Schlüsse aus Blühers Thesen, als es diesem recht sein konnte: »Dass es eine männliche Gesellschaft geben muss, ist klar. Ob man es als Erotik bezeichnen kann, bezweifle ich. Auf jeden Fall ist die reine Päderastie eine Verirrung eines degenerierten Individuums, da sie naturwidrig ist.«<sup>17</sup>

Letztlich entwickelte der spätere Gestapo-Chef aus Blühers Ideen eine Verschwörungstheorie, mit der er dann die nationalsozialistische Homosexuellenverfolgung rechtfertigen sollte: In seinen Augen bildeten Homosexuelle eine verschworene Gemeinschaft, die das Leistungsprinzip durch »ein erotisches Prinzip« ersetzte. Wenn aber »ein geschlechtliches Prinzip im Männerstaat von Mann zu Mann einkehrt, beginnt die Zerstörung des Staates«, so Himmler in einer Geheimrede vor SS-Führern im Jahr 1937: »Homosexualität bringt also jede Leistung, jeden Aufbau nach Leistung im Staat zu Fall und zerstört den Staat in seinen Grundfesten.«<sup>18</sup> Wie ein roter Faden zog sich diese Verkehrung der Blüher-Thesen durch alle Stellungnahmen, mit denen die nationalsozialistische Homosexuellenverfolgung gerechtfertigt wurde. So etwa durch eine im Frühjahr 1937 publizierte Artikelserie der SS-Zeitschrift »Das Schwarze Korps«. Hier hieß es unter der Überschrift »Das sind Staatsfeinde«: »Sie sind Staatsverbrecher, weil sie nicht nur aus ›Neigung‹, sondern ebenso aus Zweckmäßigkeitgründen immer mit ihresgleichen umgehen, sobald sie irgendwo eine leitende Stellung bekleiden und Vorgesetzte abhängiger Untergebener sind. Sie bilden einen Staat im Staate, eine geheime, den Interessen des Volkes zuwiderlaufende, also staatsfeindliche Organisation.« Wenig überraschend war es, dass als Kronzeuge für diese These der »Wandervogelapostel Hans Blüher« auch namentlich angeführt wurde,

17 Zitiert nach Peter Longerich: Heinrich Himmler. Biographie. München 2008, S. 59.

18 Heinrich Himmler: Geheimrede am 18.2.1937. In: ders.: Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen. Hg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson. Frankfurt a. M. 1974, S. 93-104, hier S. 95 f.

dessen »Ideologie« sich »gegen den Bestand der Volksgemeinschaft« richtete.<sup>19</sup>

Die Wirkungsgeschichte Blüher und seiner Homosexualitätstheorie macht deutlich, welche Gefahren radikale politische Konzepte bergen, die emanzipatorische Traumwelten entwerfen, ohne sich um deren sozialwissenschaftliche Evidenz zu scheren. Und hier liegt die Gemeinsamkeit Hans Blüher mit Judith Butler. Denn auch Butlers Theorien sind mehr von politischem Wunschdenken getrieben als von faktenbasierter Analyse. Und das räumt sie auch offen ein. So schrieb sie schon 1990 in ihrem Kult-Buch »Das Unbehagen der Geschlechter«, ihr eigentliches Ziel sei eine feministische Politik, die »die Geschlechter-Binarität in Verwirrung bringt und ihre grundlegende Unnatürlichkeit enthüllt«. Butlers Thesen standen also von Beginn an im Dienste eines politischen Programms, bei dem es darum ging, »die ›De-Naturalisierung‹ bzw. ›Ent-Selbstverständlichung‹ der hegemonialen Kategorien voranzutreiben«.<sup>20</sup> Im Laufe der vergangenen 30 Jahre wurde dieses Programm von den Butler-Jüngern immer weiter radikalisiert, sodass es inzwischen eher als politische Ideologie denn als sozialwissenschaftliche Theorie bezeichnet werden muss. Und so verwundert es auch nicht, dass Butlers weltweite Fangemeinde jede Frage nach dem Kernbestand des biologischen Geschlechts als ketzerisch wahrnimmt und mit Vehemenz abwehrt. Zweifel sind unzulässig, der Diskurs wird verweigert, trägt die Frage nach einer biologischen Letztinstanz aus Perspektive der »Butleristen« doch nur »zur Restabilisierung gesellschaftlicher Machtstrukturen bei« und gilt ihnen als »ein strategisches Argument im Konflikt um Ressourcen«.<sup>21</sup> Judith Butler selbst eskaliert diese Haltung, indem sie Kritik an der Gender-Theorie neuerdings als Ausdruck eines »faschistischen Trends« denunziert, der »immer stärkere Formen des Autoritarismus« fördere. Doch ihr Appell, gender-kritische Feministinnen sollten sich wieder in die LGBTI-Einheitsfront einreihen und »antifaschistische Solidarität« üben, wird kaum verfangen, wirkt er doch eher wie eine Karikatur realsozialistischer Durchhalteparolen.<sup>22</sup>

Dass Butlers Thesen massiven Widerstand provozieren, liegt – ebenso wie bei Blüher – an ihrer Realitätsferne. Denn dem Gros der Bevölkerung

19 O.V.: Das sind Staatsfeinde. In: Das Schwarze Korps vom 4.3.1937, S.1f.

20 Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt a.M. 1991 [zuerst amerik. 1990], S. 216, 218.

21 Jürgen Martschukat/Olaf Stieglitz: Geschichte der Männlichkeiten. Frankfurt a.M. 2008, S. 53-55.

22 Judith Butler: Why is the idea of »gender« provoking backlash the world over? In: The Guardian vom 23.10.2021 (<https://www.theguardian.com/us-news/commentisfree/2021/oct/23/judith-butler-gender-ideology-backlash> [letzter Zugriff am 23.2.2022]).



Abb. 1: Hans Blüher 1907



Abb. 2: Judith Butler 2012

erscheint die Existenz von Männern und Frauen alles andere als »unnatürlich«. Im Gegenteil: Die meisten Menschen nehmen erfahrungsweltlich fundierte Narrative wie das einer auf »natürliche« Reproduktion ausgerichteten binären Geschlechter- und Weltordnung im Sinne Hannah Arendts als eine »Tatsachenwahrheit« wahr. Und »Tatsachen« stehen nach Arendt »außerhalb aller Übereinkunft«, sie sind »von einer unbeweglichen Hartnäckigkeit«. <sup>23</sup> Hierin liegt das ungeheure politische Potenzial des Themas, das rechtspopulistische Bewegungen schon lange erkannt haben und zu nutzen versuchen. Hinzu kommt, dass der Konflikt auch eine soziologische Dimension hat und sich als Ausdruck einer zunehmenden Entfremdung gesellschaftlicher Milieus lesen lässt. Denn die Gender-Theorie ist ein Produkt der von Andreas Reckwitz beschriebenen »neuen Akademikerklasse«, die auch zum Träger der LGBTI-Politik geworden ist. Die Renaissance alter Ressentiments, die in jüngster Zeit

23 Offen bleibt, ob Hannah Arendt das biologische Geschlecht als »Tatsachenwahrheit« betrachtet hätte. Hannah Arendt: Wahrheit und Politik. In: dies.: Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays. München 1987, S. 44-92, hier S. 61.

zu beobachten ist und die sich nicht zuletzt gegen »homosexuelle Eliten« richtet, ist insofern als eine Folge der »Prozesse der Valorisierung und Entwertung« zwischen den neuen Klassen und insbesondere der »Polarisierung auf der Ebene von Bildung und kulturellem Kapital« zu verstehen.<sup>24</sup> Und so verwundert es nicht, dass die akademische These, ein biologisches Geschlecht existiere nicht per se, sondern werde erst durch einen »Sprechakt« konstituiert, gerade in nicht-akademischen Milieus nicht nur als ein Angriff auf tradierte Weltbilder, sondern auch auf die eigene Identität wahrgenommen wird.

Was einst als interessante sozialwissenschaftliche These daherkam, entpuppt sich als gesellschaftspolitischer Sprengsatz und könnte im *Worst Case* – wieder einmal – die Erfolge jahrzehntelanger Bürgerrechtspolitik zunichtemachen. Wer Politik, Kultur, Sprache und alltägliches Rollenverhalten unter Verweis auf die vermeintliche »Unnatürlichkeit« des biologischen Geschlechts einer totalen Revision unterziehen möchte, muss sich nicht wundern, wenn sich »Otto Normalverbraucher« kopfschüttelnd abwendet. Dass die Bevölkerung die prinzipiell »binäre« Geschlechterordnung als offenkundige »Tatsachenwahrheit« begreift, lässt sich auch durch Beschlüsse eines »queeren« Politbüros nicht ändern. Doch eine Politik, die die vermeintlichen Interessen immer neuer »Opfergruppen« absolut setzt und dabei über Jahrhunderte entwickelte und hart errungene rechtsstaatliche Prinzipien wie die Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit zur Disposition stellt, wird die Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen. Mehr noch: Der zunehmende Realitätsverlust des grün-bürgerlichen Establishments, die Überheblichkeit und Kompromisslosigkeit, mit der die ideologischen Vorgaben exekutiert werden, haben das Potenzial, genau den »Backlash« herbeizuführen, vor dem die linken Identitätspolitiker in stetigen Sirenentönen warnen.

Letztlich geht es darum, in was für einer Welt wir leben wollen: Soll es eine Welt freier Individuen sein, in der jeder nach seiner Façon glücklich werden kann, in der man aber auch ertragen muss, dass andere ihr Glück woanders suchen und finden? Oder wollen wir den Menschen vorschreiben, wie das richtige Leben, wie ihr Leben auszusehen hat? Die Hybris, mit der viele Verbandsvertreter heute agieren, der unumschränkte Wahrheitsanspruch, der aus ihren Verlautbarungen spricht, klingt immer weniger nach dem Ideal einer freien Gesellschaft. Zweifel, Widerspruch und Dissens können diese Ideologen nicht ertragen. Die Empörungswellen, die sie initiieren, zeugen zwar von Schwäche. Denn nur wem die

24 Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Bonn 2018, S. 279 f., 284.

Argumente fehlen, reagiert mit Verleumdung und Diskreditierung des Gegners. Doch diese Schwäche sollte nicht über die Gefahren hinwegtäuschen, die von einem solchen Politikstil ausgehen. Lassen wir die Ideologen weiter gewähren, so enden wir entweder in einer queeren Erziehungsdiktatur – oder wir provozieren den großen »Backlash«. Weder das eine noch das andere kann uns recht sein. Deswegen gilt es, das Spielfeld zurückzuerobern und jenen eine Stimme zu verleihen, die Zweifel und Widerspruch anmelden.

Das Geheimnis des Erfolgs von »I am what I am« lag in der Übertragbarkeit der Erfahrung des »Anders-Seins« als Schwuler ins Allgemeine. Jeder konnte sich in dem Song wiedererkennen, denn jeder macht in seinem Leben derartige Erfahrungen: wegen individueller Eigenschaften geringgeschätzt und ausgegrenzt zu werden. Kurz: Erfolg haben immer die politischen Konzepte, die Brücken bauen, die die Mehrheit berühren und mitnehmen.